

guten baulichen Zustande, der Neubau des Spielers würde jetzt einen Kostenaufwand von 14 000 Mark erfordern. Der geordnete Kaufpreis ist daher als durchaus angemessen zu bezeichnen. Bei dem Mangel an künftigen Mietern und in Rücksicht darauf, daß der Spieler für die Zwecke des Stadtheaters ein wertvolles Objekt ist und nicht nur ein bloßes Spielzeug, sondern ein wertvolles Kulturgut ist, wird beantragt, daß der Kaufpreis auf 10 000 Mark festgesetzt wird, falls er hierfür nicht nur benötigt wird, für die Zwecke des Stadtheaters und des Spielers, sondern auch für die Zwecke des Stadtheaters und des Spielers. Der Kaufpreis soll zu Lasten des Erneuerungsfonds des Spielers bemittelt werden.

Herr Stv. Emmer empfiehlt den Ankauf, mit dem Spieler könne der Anfang für den belhischen Engrosmarkt gemacht werden.

Herr Stv. Herzfeld darlegt, wurde für die Theaterkasse 1915/16 und 1916/17 durch Herrn Direktor Sachse ein besonderer, in einigen Teilen vom Hauptvertrag abweichender

Kriegsvertrag für das Stadttheater

geschlossen. Diese Verträge hatten den Zweck, dem Theaterdirektor die Fortführung des Theaters während der Kriegszeit zu ermöglichen. Die Veränderungen des Krieges sind hauptsächlich darin, daß der Direktor den Theaterbetrieb nicht mehr allein führen und die Stärke des Chors und Orchesters um je acht Mitglieder herabsetzen kann. Da ein Ende des Krieges nicht abzusehen ist, stellt Herr Sachse den Antrag auf eine weitere Verlängerung des Kriegsvertrages um 1 Jahr. Der Magistrat beantragt eine Verlängerung des Vertrages für die Zeit bis zum 31. August 1918.

Der Referent, Herr Stv. Herzfeld, bemerkt dazu, daß der Theatervertrag mit dem Beschluß gekommen sei, von Anfang an die Friedenssagen zu zahlen und nicht erst gefällige Friedenssagen, die man erst bei günstigem Abschluß wieder voll erhalte. Alle Theaterarbeiten sind neuerdings so, daß sie gleich Friedenssagen zahlten. Wir in Halle haben mit unserem Theater während des Krieges recht günstig abgefunden, vor allem im letzten Winter. Es hat sich ein bedeutender Ueberfluß ergeben, der zwischen der Stadt und dem Theaterdirektor geteilt werden konnte, nachdem man die Kriegssagen durch Nachzahlung wieder in ihrem Gesamtbetrag auf die Höhe der Friedenssagen gebracht hätte. Herr Theaterdirektor Sachse erhielt 20 000 Mark, dazu noch mehr als 10 000 Mark. Auch im neuen gegenwärtigen Spielplan ist das Theater von Anfang an günstig besetzt. Die Sache läßt sich noch besser an als im Vorjahr.

Herr Stadtrat Gehler: Wir haben den Kriegsvertrag von neuem mit Herrn Sachse abgeschlossen zu müssen geglaubt, um dem Theaterdirektor gegenüber dem Risiko, was er trägt, eine Sicherheit zu geben. Das ist ja lediglich eine Formalie. Aber sie ist nötig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Riese: Man kann nicht dem Unternehmer das ganze Risiko des Stadttheaterbetriebes im Krieg zuschieben. Ist denn im Krieg der Unfall ausgeschlossen? Es kann geschehen, daß wir aller Voraussicht zum Trotz schlecht abschließen mit unserem Stadttheater. Dann ist das Risiko für den Theaterdirektor zu groß. Bedenken Sie doch, wir standen 1915 vor der großen Frage, ob wir überhaupt spielen wollten. Nun, wir haben mit dem Kriegsvertrag zu spielen begonnen. Herr Direktor Sachse hat den Mut gehabt und er hat sich gelohnt. Wir haben am Schluß die Frage zu stellen. Die Höhe der Friedenssagen aufzubringen können. Die Leute haben ja auch nicht bezahlt, doch sie zuerst mit verzinsten Gagen spielten, und überhaupt den Theaterbetrieb aufrechtzuerhalten; sie haben ihr volles Geld bekommen.

Herr Stv. Herzfeld: Das Risiko, das der Theaterdirektor hat, ist wirklich recht gering. Der Direktor hat weniger Kräfte engagiert und spart schon dadurch. Gewinnen wir für unsere Beamten eine hohe Summe als Teuerungszulagen ausgenommen. Da können wir doch unseren Schauspielern nicht verlässige Gagen anbieten und sie zwingen, im Winter über zu hängen, um im Sommer nach bei der Nachzahlung ihre Schulden zu begleichen. Wir haben an den Leuten in der vorigen Spielzeit schon die hohen der einbehaltenen Gagenbeträge die Spielzeit über der Stadt zugewendet. Herr Sachse hat zu den 40 000 Mark für die Winterzeit noch 15 000 Mark + 4500 Mark, also 19 500 Mark durch die Sommerzeit verdient. Das macht für ihn eine

Einnahme von 59 500 Mk.

Selbst wenn er diesen Winter schlecht abschneidet, würde er nur das Risiko tragen, das jeder Unternehmer tragen muß, der so hohe Gewinne hat. Aber aller Voraussicht nach wird der Abschluß auf dieses Winters wieder recht günstig werden. Andererseits wird es doch immer bedeuten: Selbst als in dieses Jahr im Sommer spielten, und zwar mit den Gagen, hatten sie noch nicht wie andere Berufstätige das volle Jahr Beschäftigung und Verdienst. Man könnte leicht auf den Gedanken kommen, was das verzinste schon auswärts geschickt, auch ihnen was Teuerungszulagen zu bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Riese: Der Theaterdirektor selbst zahlt seinen Angestellten Teuerungszulagen. Ich kenne natürlich keine Stadt, die volle Gagen noch vornimmt. (Zuruf des Herrn Stv. Herzfeld: Doch! Magdeburg!) Magdeburg zahlt die vollen Friedenssagen und noch zehn Prozent Teuerungszulagen! Das ist was eine Stadt. Bei den Ziffern, die uns angeführt sind, darf man nicht außer acht lassen, daß das Risiko in schlechten Jahren auch leicht mal Beträge von hunderten tausend Mark erreichen kann.

Die Vorlage wird fast einstimmig mit dem Antrag des Theaterdirektors: **110 000 Mk. Friedenssagen** von vorn herein - angenommen.

15. für die

Aufstellung eines neuen Gebietsbebauungsplanes

empfehlte der Magistrat, in Uebereinstimmung mit der Baudeputation, die Annahme einer in diesem Jahr ganz besonders günstigen Lage, eines Spezialplans. Dieser soll der Aufstellung des Planes wie auch den Aufhängen und Bauverhandlungen eine volle Arbeitskraft widmen. Herr Stv. Kallmeyer als Referent ausführt, ist für unsere Stadt die Tätigkeit jetzt von ganz besonderer Bedeutung, weil durch die neuen großen Erweiterungen (Stadtbahn, Gut Seeden) große neue Möglichkeiten in der Stadtentwicklung geschaffen werden. Noch wichtiger aber ist, daß durch einen neuen Bebauungsplan die Erweiterungen, die der Krieg auf dem Gebiete des Wohnungswesens gestiftet hat, voll zum Guten ausgenutzt werden. Die Arbeit wird sich nur auf einige Jahre erstrecken, es soll daher eine Beamtenstelle nicht geschaffen werden, die Annahme der Kraft soll auf Grund eines Privatvertrags gegen Kündigung erfolgen. Als Jahresvergütung werden 10 000 Mk. vorgeplant. Eine Steigerung ist nicht geplant, jedoch soll gleich bei der Bestimmung eine Contingenz von 20 000 Mk.

bei gutem Abschluß der Arbeiten in Aussicht gestellt werden. Zurzeit sollen gemäß dem Gemeindebeschlusse betreffend Errichtung eines Wohnungsfonds am 6. Januar 1913 ausgeführt werden.

Der Magistrat beantragt Zustimmung und Bewilligung der Kosten für das laufende Rechnungsjahr aus dem gemeinsamen Dispositionsfonds: 5000 Mk. Jahresvergütung sowie 3000 Mk. für Stillstände, Räume usw., zusammen 8000 Mk.; hierbei ist angenommen, daß die Belegung zum 1. Oktober d. J. gelangt. Von der Gewinnung eines Gebietsbebauungsplanes im Wege des allgemeinen Wettbewerbes soll Abstand genommen werden.

Herr Stv. Kallmeyer empfiehlt namens des Bauausschusses, Herr Stv. Ritter namens des Haushaltungsausschusses die Vorlage.

Herr Stv. Emmer: Im Krieg wird man schwerlich geeignete Leute finden. Zu unseren Herren Stadträten darf man das Vertrauen haben, daß sie durch Einziehung eines Architekten die Arbeit selbst bewältigen. Eine hat die Vorlage nicht, denn wir haben noch viel brauchbares Land vorrätig, ja es sind noch ausreichend baureife Straßen vorhanden. Darum will ja auch der Bauausschuß die Anstellung erst vom 1. April nächsten Jahres ab vornehmen.

Herr Stv. Mühlstein: Ich bitte, darauf zu achten, daß bei der Anlage des Bebauungsplanes das Bauen nicht verteuert wird. Teuer wird das Bauen nach dem Krieg schon von selbst; ich meine aber, man solle den Standpunkt der Schönheit nicht darauf vorziehen, daß die Verteuerung gar zu stark wird. Eine Denkschrift, die Herr Stv. Jost ausgearbeitet hat, bietet uns zur Sache sehr viel Interessantes und Belehrendes. Nur das will mir nicht gefallen, daß Herr Jost die Vorgärten verwirft. Ich meine, sie machen einen freundlichen Eindruck.

Herr Stv. Emmer stellt den Antrag, den Posten über die Summe von 20 000 Mark in der Vorlage zu streichen. Herr Stv. Günter beantragt, bis zu 20 000 Mark zu setzen.

Der Antrag Emmer wird abgelehnt, der Antrag Günter und damit die ganze Magistratsvorlage angenommen.

Opfer

**Im Opfervollstande bringen,
für:
Im Wohlwollen mitzun.**

Punkt 16 betrifft den Antrag der Herren Gröbel, Emmer, Falke, Schwarzschmidt, Osterburg, Gerig, Hennig und Spröde, der lautet: Die Verammlung beschließt, den Magistrat zu erwidern:

für die Stadt Halle ein Mietseingangsamt zu errichten.

Herr Stv. Gröbel führt aus, daß ein solches Amt vorteilhaft sei dem Gewerbebetriebe, die auch den Zweck haben, kleine Streitigkeiten schnell und kostenlos zu erledigen. Wie die Gewerbebetriebe sich bewährt haben, so wirken auch die Mietseingangsämter Gutes, z. B. in Streitigkeiten über das Herrichten der Wohnung. Jeg lauten die Leute zur Polizei und dann kommen die Eigentümer mit dem Protestieren, was Kosten verursacht. Viele Städte haben schon solche Ämter, mit denen sie die vielen Erfahrungen machen. In Berlin wurden durch das Eingangsamt von hundert Mietstreitigkeiten 90 geschlichtet, in Köln 80, in Straßburg gar 96. Welche Teile dieser Arbeit sich gut dabei und es kommen auch die Mieter an großen Wohnungen und jüdischen Hilfe. Umgang will allerdings haben bei den Vorarbeiten. Eine Ordnungsgemäße muß da vorgehen sein. Die Mieter sind außer einem Juristen besetzt mit einem Hauswirt und ein bis zwei Mietern. Als Beisitzer kann man natürlich auch eine Frau heranziehen. Die Wohnungssitzung ist auch in Halle groß und damit werden auch die Streitigkeiten zahlreicher. Das zeigt schon die eine Tatsache, daß das Arbeitersekretariat in 513 Fällen in Mietssachen angerufen wurde.

Herr Stv. Herzfeld: Wir haben in Halle schon ein privates Mietseingangsamt und zwar das des Haus- und Grundbesitzervereins. Da werden schon die zahllosen Zusammenstöße, die Streitigkeiten um das Maßgaben usw. erledigt. Es sind eigentlich immer dieselben Klagen, die da kommen. Ein Maßmittel, die unter einer Hut zu bringen, gibt es natürlich nicht. Der erste Grund, weshalb man ein solches Mietseingangsamt, wie Herr Gröbel es wünscht, schon ist die Tatsache, daß der Hausbesitzerverein eines kleinen Vorortes die Verteuerung der Wohnungsumzüge dazu zu benutzen wollte, die Mieten in die Höhe zu schrauben. Da greift die Militärbehörde ein und es wurde ein Mietseingangsamt geschaffen, das über Abminderungen usw. zu bestimmen hat. Der Zentralverein der deutschen Hausbesitzer hat übrigens das Vorgehen jenes Vereins scharf als Mietswucher gebrandmarkt. In Halle gibt es jetzt mehr leerstehende Wohnungen als im Frieden. Da ist kaum zu übersehen, daß die Streitigkeiten zunehmen. Wohl aber können manche Hausbesitzer bei der Errichtung eines Mietseingangs amtes auf den Gedanken kommen, daß ja in einer Zeit, wo alles im Preise steigt, das Mietseingangsamt ihnen wohl auch mit Rücksicht auf die Erhöhung der Hypothekenzinsen, der Abschlußkosten usw. eine mögliche Mietsteigerung zuzubilligen werde. Hierin könnte wirklich ein Anreiz zu Mietsteigerungen liegen. Wir können froh sein, wenn es wahr wird, daß vom Oktober an die Mietstreitigkeiten dem Amtsgesicht zu gewiesen werden. Da sparen wir eine neue Behörde und von den Antragsritten dürfen wir ohne weiteres annehmen, daß sie sozial denken. Andererseits drängt sich eine andere Frage auf, veranlaßt durch die Rohlennot: Kann der Mieter Schadenersatz verlangen, wenn der Hausbesitzer die Wasserversorgung aus Rohlenkammern nicht in Betrieb setzen kann? Kann der Mieter sich denn in einem Hotel auf Rohlen des Hausbesitzers einquartieren? Auch diese schwierige Frage muß geklärt werden. Darum schlage ich vor, den Antrag Gröbel, wie überhaupt die ganze Materie dem Rechts- und Verfassungsausschuß zuzuwenden.

Herr St. Ringer stellt sich auf den Standpunkt des Herrn Gröbel. Die Mietseingangsämter sind ebenso wie die Gewerbeämter eine legerische Einrichtung. Mietsteigerungen, wie Herr Herzfeld sie befürchtet, werden durch ein solches Institut nicht hervorgerufen werden. Die Hausbesitzer werden sich generen, vor ein derartiges Kollegium, wo ein Standesgenosse von ihnen mit Recht spricht, Mietsteigerungsanträge zu bringen. Das Amtsgesicht kann nicht das Mietseingangsamt voll erleben; denn da fehlt der sehr wichtige Faktor der Beisitzer.

Der Antrag Gröbel und Genossen wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem man noch feststellen hat, daß auch solche Fragen, wie die Streitfrage der Wasserversorgung, zur Kompetenz des Mietseingangs gehören würden. Die Eingabe der Rechtsjustizstelle für Frauen wird dem Magistrat als Material übergeben.

Punkt 17 ist eine Anfrage der Herren Hennig und Genossen: wie sieht es mit der vor drei Jahren beschlossenen Einrichtung von Förderklassen für die Volksschulen? Was gebietet der Magistrat zur Schulreform, zur Hebung und Bereinigung des Schulbildungswesens zu tun? Herr Stv. Hennig bittet in Anbetracht der vorgerichtigten Stunde, die Sache zu vertagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Riese erklärt: Die Einrichtung von Förderklassen unterliegt der Genehmigung des Ministers und diese Genehmigung ist noch nicht erteilt. Ueber die zweite Frage wird der Magistrat nach Friedensschluss antworten.

Es entwirft sich eine Geschäftsordnungsdebatte, ob damit die Anfrage erledigt ist oder ob sie in einer der nächsten Sitzungen wieder aufkommen werden kann. Der Herr Vorsitzende befragt das Volk.

Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime Sitzung an.

Letzte Depeschen.

Truppen an Bord deutscher Handelschiffe in Uruguay.
WTB. Amsterdam, 17. Sept. Der „Times“ wird aus Montevideo gemeldet: Die Regierung von Uruguay hat Truppenabteilungen an Bord der deutschen Handelschiffe geschickt, die von Anfang des Krieges im Hafen von Montevideo interniert sind. Drei der Schiffe gehören der Hamburg Amerika-Linie.

Die italienische Grenze vollständig gesperrt.

WTB. Lugano, 17. Sept. Heute früh wurden die schweizerischen Dampfer am Anlaufen der italienischen Seegrenze verhindert. Die Grenze ist nunmehr vollständig gesperrt. Alle italienischen Zeitungen sind ausbleibend. Ueber die Ursache der Sperrung gehen die mannigfachen Gerüchte.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsennotierungen.

Berlin, 17. Sept. Unter dem Eindruck der bedeutungsvollen Nachrichten aus Russland wandte die Börse erneut den „Friedensnotizen“ regeres Interesse zu, doch hielt sich das Geschäft infolge schwachen Belahes in engen Grenzen. Durch Festigkeit traten neben Schiffsbau- und Kolonialpapieren auch russische Werte hervor, sowohl Staatsrenten und Eisenbahngesellschaften, wie auch Banken, von denen Internationaler Handelsbank und Russische mehrprozentige Kurssteigerungen erzielten. Am Montanaktienmarkt war die Haltung nicht einheitlich, im ganzen jedoch etwas schwächer. Von führenden Werten waren Bochumer und Phönix abgeschwächt. Harpener und Hohenlohe gut behauptet, letztere auf die Mitteilungen in der Generalversammlung. Fest waren Oberlofs, Hoerl, Mendel & Schmecke und Siegen-Solinger, während Hoesler, Wittener Ouf, Halberger Akt und Elberfeld schwächer lagen. Beachtet wurde noch Deutsche Akt; bei unveränderten Kursen. Rufungsaktien waren durchweg abgeschwächt, ohne daß bemerkenswerter Angebot sich geltend machte. Neben Deutsche Waffen-Artien, Rhein-Metall, Köln-Rottweil Pulver, Dynamit wurden auch Dammer, Berg, Roth, Wermerte schwächer. Aktien von Zellulosefabriken neigten wieder zu Schwäche, auch Bergwerk Papier. Fest, ferner von heimischen Werten Seepapier, dagegen waren Rittit fest, Westschmidt waren noch Deutsche Erdöl und Steau Romana. Unter den internationalen Papieren kamen Drunkenbrosen, Türksche Tabak und Franzosen mit höheren Kursen in Frage, von Kolonialwerten besonders Scharnhorst, Deutsche-Artikel- und -Gemeinschaft sowie South West.

Tägliches Geld 4 Proz. Privatdiskont 4 1/2 und darunter. Am Rentenmarkt fanden Prozentige heimische Staatsrenten in guter Nachfrage, besonders Konfols; 3 1/2 Proz. Konfols wurden höher. Für österreichisch-ungarische Renten erhielt sich Kaufbegeh, namentlich für 4 1/2 Proz. österreichische Eisenbahn-Aktien und 1910er Ungarn, indem für russische Papere; Wertpapier lagen durchweg etwas schwächer, speziell Bemöberrungs-Aktien.

Devisenkurse.

Berlin, 17. September 1916.
Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Deute Gold	Brief		Wahrer Kurs	
		Gold	Brief	Gold	Brief
New York	1 Doll.	301,-	302,-	301,-	302,-
London	100 L.	217	217 1/2	217	217 1/2
Schweden	100 Kr.	240,-	241,-	240,-	241,-
Norwegen	100 Kr.	217 1/2	217 1/2	217 1/2	217 1/2
Schweiz	100 Fr.	152 1/2	152 1/2	152 1/2	152 1/2
Wien	100 Kr.	64.20	64.30	64.20	64.30
Bulgarien	100 Leva	80.50	81.50	80.50	81.50

Russland: Gold 150, Brief 20,00 für ein russisches Pfund.
Spanien: Gold 127,50, Brief 128,50 für 100 Pesetas.

Geld.

Berlin, 17. Sept. Nach überliegenden Berichten vom Lande ist das gegenwärtige Wetter, wenn auch eine etwas höhere Temperatur mitwünschenswerter wäre, für die Kartoffelernte und die Feldbestellungen recht günstig. Der diesjährige Winter hat heute noch klar als in den Vortagen und aus Mangel jeglicher Anregung nichts Besonderes zu berichten.

Verantwortlich für den amtlichen Teil: Siegfried Dyck für den amtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerüst, Handel: Eugen Brinmann; Beihilfen: Unterhaltungsblatt, Vermittlungsamt: Hans Kanton; für den Anzeigenteil: Hugo Franke. Druck und Verlag von Otto Deubel, Gmünd in Orla.